

«WIR MÜSSEN AUF MEHR ALS NUR EINEN PARTNER SETZEN»

Der Politikwissenschaftler Dennis Tänzler im Gespräch mit Sebastian Drescher

WEIL AUCH DIE ROHSTOFFE FÜR ERNEUERBARE-ENERGIE-ANLAGEN NICHT AUS DEM NICHTS KOMMEN, BRAUCHEN WIR NEUE GLOBALE HANDELSBEZIEHUNGEN – AUF AUGENHÖHE.

Russlands Krieg in der Ukraine hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie abhängig Deutschland noch immer von Kohle, Gas und Erdöl ist – und wie uns das politisch schadet, gar erpressbar macht. Und plötzlich begründen Politiker hierzulande die Energiewende nicht mehr nur in erster Linie mit Klimaschutz, sondern auch mit sicherheitspolitischen Interessen. Für Dennis Tänzler kommt das wenig überraschend: Der Politik- und Kulturwissenschaftler beschäftigt sich seit mehr als zwei Jahrzehnten damit, wie Umwelt, Klimawandel und Sicherheit zusammenhängen. Schon 2007 warnte er in einer Studie für das Umweltministerium davor, sich bei der Energieversorgung zu stark auf einzelne Partner zu verlassen, und empfahl auch deshalb den Ausbau der Erneuerbaren. Doch damals, zwei Jahre nachdem Wladimir Putin und Gerhard Schröder den Bau der Ostsee-Gaspipeline «Nord Stream 1» vereinbart hatten, fanden solche Worte auch unter der nachgefolgten schwarz-roten Bundesregierung wenig Gehör.

Heute warnt Tänzler wieder vor einseitigen Partnerschaften, diesmal beim Ausbau der Erneuerbaren. Alarmismus liegt ihm dabei fern. Vielmehr ist der Politikwissenschaftler, der am Berliner Thinktank «Adelphi» forscht und unter anderem die Bundesregierung zur internationalen Klimapolitik berät, an Lösungen für faire Partnerschaften und eine globale Energiewende interessiert – genauso wie an Ideen für die festgefahrene Klimadiplomatie, deren Schwächen er regelmäßig bei den internationalen Klimakonferenzen aus nächster Nähe erlebt. Anfang September hat sich Tänzler trotz vieler Termine nach der politischen Sommerpause Zeit für ein Videointerview mit dem Energiewende-Magazin genommen.

Herr Tänzler, mehr Erneuerbare, weniger Abhängigkeiten: Geht diese Rechnung auf?

Die gegenwärtig sich vollziehende Abkehr von der sehr einseitigen fossilen Abhängigkeit ist gerade auch angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine

eine Befreiung. Aber das ist der eine Teil der Rechnung. Die Krux besteht darin, dass auch Schlüsseltechnologien für die Energiewende wie Solarmodule, Elektromotore oder Batterien von kritischen Rohstoffen abhängen. Nur sind das nicht mehr Gas oder Öl, sondern etwa Metalle wie Kobalt oder Lithium. Diese Rohstoffe kommen teils nur aus wenigen Ländern, auch aus solchen, die politisch problematisch sind. Die andere Seite ist: Wir können nicht nur auf das mögliche befreiende Potenzial der Erneuerbaren für uns schauen, sondern müssen auch bedenken, was unsere wachsende Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen oder Energieträgern wie grünem Wasserstoff für die Lieferländer bedeutet – sie müssen ja ihre eigene Energieversorgung ebenfalls umbauen. Die Energiewende hat geopolitische Auswirkungen. Und sie erfordert, dass wir unsere internationalen Beziehungen anpassen.

Ein Beispiel für kritische Rohstoffe sind -Seltene Erden. Die Metalle werden in Smartphones und Notebooks verbaut, aber auch in LED-Leuchten oder Elektromotoren, die für die Energiewende eine Rolle spielen. China ist derzeit der wichtigste Lieferant für Seltene Erden. Droht da eine neue Abhängigkeit?

China fördert derzeit rund 60 Prozent der Seltenen Erden. Das Land dominiert den Weltmarkt, aber es gibt auch Vorkommen in anderen Ländern. Die USA setzen verstärkt auf den Abbau von Seltenen Erden, vor allem für ihren eigenen Gebrauch. Aber auch andernorts existieren größere Vorkommen, beispielsweise in Russland, Thailand und Myanmar.

Wobei etwa Myanmar mit der dortigen Militärjunta auch kein unproblematischer Partner ist.

Ja, natürlich gibt es kritische Abhängigkeiten – und es wird sie weiterhin geben. Dieses Dilemma sollte man offen ansprechen. Aber diese Abhängigkeiten sind eben nicht so dramatisch wie bei den fossilen Energien. Bei den Erneuerbaren lässt es sich leichter diversifizieren. Da geht es um eine ganze Reihe von Rohstoffen, die man auf verschiedene Lieferanten verteilen kann. Der politische Anspruch muss sein, jeweils auf mehr als einen Partner zu setzen.

Mit der globalen Energiewende wird die Nachfrage nach Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und Nickel immens zunehmen. Analysten gehen davon aus, dass allein der Lithium-Bedarf um 400 Prozent steigen wird. Kann dieser Bedarf so ohne Weiteres gedeckt werden?

Natürlich muss man weiter explorieren und neue Quellen erschließen. Daneben wird es aber auch Qualitätssprünge geben, zum Beispiel wenn Verfahren und Technologien effizienter werden. Gleichzeitig sollte die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden, indem wir kritische Rohstoffe mehr recyceln. Ganz wichtig ist

aber, dass Energieeffizienz politisch viel stärker priorisiert wird. Das ist nicht sexy, aber wenn wir weniger Energie verbrauchen, nimmt das etwas den Druck von der Angebotsseite und macht uns selbst nicht so verwundbar in der Energieversorgung. Beim Erschließen neuer Lithium-Quellen haben wir die Chance, dies mitzugestalten. Wir können berücksichtigen, welche sozialen und Umweltfolgen der Abbau hat, etwa für die Salzseen in Bolivien – und prüfen, wie sich negative Begleiterscheinungen vermeiden lassen. Gleichzeitig müssen Abnehmer wie Deutschland darauf achten, sich nicht einseitig abhängig zu machen. Lithium-Vorkommen gibt es ja nicht nur in Südamerika, sondern beispielsweise auch in Australien.

Michael T. Klare, Politikwissenschaftler und Autor von «Blood and Oil», sagt, dass wir auch in Zukunft einen Wettkampf um Energieressourcen erleben werden. Zunehmend weniger beim Zugang zu fossilen Energien, aber bei kritischen Rohstoffen, die für die Energiewende nötig sind. Sehen Sie das ähnlich?

Ja, da stimme ich zu. Man darf nicht glauben, dass es keinen Wettkampf oder – neutraler gesagt – keinen Wettbewerb mehr geben wird. Unsere Versorgung in einer vernetzten Welt hängt davon ab, dass wir Rohstoffe austauschen, nicht nur für die Energiewende, sondern insgesamt für die Wirtschaft, beispielsweise im Bereich Digitalisierung. Deshalb muss man von eindimensionalen Handelsbeziehungen zu umfassenden Partnerschaften kommen. Das bedeutet einerseits, sich zu fragen, wie die Arbeitsbedingungen vor Ort sind, mit wem genau man zusammenarbeitet, wie man etwa beim Bergbau Umweltauswirkungen möglichst vermeidet. Zweitens sollte man geopolitische Kosten und Nutzen analysieren, also inwiefern die Energiewende Chancen bietet, Partnerschaften aufzubauen – auch mit schwierigen Staaten, in denen bestenfalls die gesamte Gesellschaft vom Ressourcenreichtum profitieren sollte. Ich denke nicht an die großen Player wie Russland oder China, sondern eher an Länder, die regional eine wichtige Rolle einnehmen, wie Nigeria oder Indonesien. Hier sollte geprüft werden, wie man die Energiewende vor Ort gesamtgesellschaftlich so in Wert setzt, dass sie zur politischen Stabilität beiträgt und so etwas wie eine Friedensdividende schafft.

Wie kann das gelingen?

Es stellt sich die Frage, wie man Rohstoffabkommen gestaltet. Die werden in erster Linie von Regierungen verhandelt, die Zivilgesellschaft bleibt oft außen vor. Es gilt aber zu prüfen, inwiefern auch gesellschaftliche Randgruppen von Bergbauprojekten betroffen sind. Und dafür müssen die Betroffenen bereits bei der Planung beteiligt werden und nicht erst beim Auftauchen erster Probleme.

Eine Gruppe von Staaten, die von der globalen Energiewende betroffen ist, sind die Petrolstaaten, die bislang vom Export von Öl, Kohle und Gas profitieren. Was bedeutet das für internationale Partnerschaften mit diesen Ländern?

Sie müssen genauso wie die Industriestaaten klimaneutral werden. Gleichzeitig bricht ihnen ihr Geschäftsmodell weg. Einige dieser Länder wie Katar setzen verstärkt auf die Nutzung Erneuerbarer, sind aber noch weit von einer Kehrtwende entfernt. Es braucht andere Einnahmequellen. Kolumbien ist ein interessantes Beispiel: Das Land hat eine recht fortschrittliche Klimapolitik, will weg von der Kohle und formuliert stattdessen den Aufbau einer «Orange Economy» als zentrales Ziel, um auf den Kulturbereich und die Kreativindustrie zu setzen. Partner wie die EU können bei der Umsetzung helfen und gleichzeitig innovative Ansätze in der Klimapolitik fördern und durch Klimafinanzierung unterstützen.

Andere Staaten wiederum können von der Energiewende profitieren, weil sie über gute Standorte für Erneuerbare verfügen. Deutschland hat dieses Jahr eine Wasserstoff-Partnerschaft mit Namibia gestartet. Der Deal: Deutschland fördert dort den Bau von Solar- und Windstrom für die Produktion von grünem Wasserstoff, den wir dann nach Deutschland importieren. Was muss passieren, dass das Projekt auch die Energiewende in Namibia voranbringt?

Zum einen sind mögliche Probleme beim Aufbau der Infrastruktur zu verhindern. Man muss schauen, dass es durch große Wind- oder Solarparks nicht zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung kommt, dass keine Konflikte um Wasser entstehen und dass anfallende Entschädigungen auch wirklich ausgezahlt werden. Außerdem gilt es, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Namibia selbst zu fördern, lokale Fachleute auszubilden, die später die Anlagen betreiben. Und dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung Zugang zur produzierten Energie hat.

Ist das nicht entscheidend? In Namibia sind zwei Drittel der Landbevölkerung noch immer nicht ans Stromnetz angeschlossen.

Ja, es ist absolut essenziell, dass die Energie der Bevölkerung zugutekommt und eine dezentrale Energieversorgung ermöglicht wird. Ein gutes Beispiel, wie man es nicht machen sollte, ist das Desertec-Vorhaben ...

... das Strom aus riesigen Solarfirmen aus Nordafrika nach Europa exportieren wollte, bislang aber ohne Erfolg.

Es ist eine interessante Idee, die Erneuerbaren-Potenziale in bestimmten Regionen zu nutzen, auch für die Entsalzung von Meerwasser. Aber wenn der

Eindruck entsteht, dass das in erster Linie für den Export passiert, muss es schiefgehen. Auch bei Desertec gab es schnell kritische Stimmen, die gesagt haben, dass das Ganze nicht in einen nationalen Entwicklungskontext eingebettet sei. Und dieser Kontext ist meiner Meinung nach der Schlüssel, um die Interessen der Partner angemessen zu berücksichtigen.

Deutschland oder die EU sind nicht die einzigen Akteure, welche um die Rohstoffe und Energie-ressourcen in bestimmten Ländern buhlen. In der Demokratischen Republik Kongo etwa kontrolliert China inzwischen erhebliche Teile der Kobaltminen. Droht da ein neuer Wettstreit zulasten der Lieferländer? Der Kongo ist trotz vieler Ressourcen ein Krisenstaat.

Da gibt es in den Ländern ein gemischtes Bild, was die chinesische Einflussnahme angeht. Manche Stimmen sagen: Wir kriegen von den Chinesen alles, was wir wollen, ohne die oft von den Europäern geforderten Menschenrechtsauflagen. Gesehen wird aber auch, dass China zum Beispiel fast nur eigene Arbeitskräfte einsetzt. Kongo wird oft als Paradebeispiel für den sogenannten «Ressourcenfluch» genannt. Die Voraussetzungen in Namibia sind anders – dort wird versucht, von Anfang an Transparenz zu schaffen und Wissenschaft wie auch Zivilgesellschaft vor Ort eng einzubinden.

Ärmere Staaten benötigen Geld, aber auch Technologien, um die Energiewende anzugehen. Wie wichtig sind der Technologietransfer und das Aussetzen von Patenten, die zum großen Teil in der Hand von Unternehmen in den Industriestaaten liegen?

Ich denke, dass mögliche Zielkonflikte zwischen Außenwirtschaft und Technologietransfer zukünftig noch stärker in die Diskussion rücken werden. Die Frage ist dann beispielsweise in Namibia, was von außen kommt und welche Technologien lokal aufgebaut und zugeliefert werden können. Die Patente spielen sicher eine Rolle. Da müsste die Politik ihren Beitrag leisten und mehr Druck auf die Wirtschaft ausüben. Noch entscheidender ist der Mangel an Fachkräften. Das ist einer der zentralen Hürden für die Energiewende – nicht nur bei uns, sondern weltweit. Deshalb ist es so wichtig, bei Partnerschaften wie der mit Namibia die Ausbildung vor Ort zu stärken.

Aber nachdem mit Nancy Pelosi eine US-Spitzenpolitikerin Taiwan besucht hat, legte China die Kooperation mit den USA in Sachen Klimawandel erst einmal auf Eis. Werden die Klimaziele in Zukunft vermehrt als politische Waffe instrumentalisiert?

Natürlich könnten Konflikte wie der um Taiwan zum Stopp von Klimaverhandlungen führen. Die zähen Verhandlungen der letzten Jahre nach dem erfolgreichen Abschluss des Pariser Abkommens haben gezeigt, dass

Interessenpolitik stark in die Klimadiplomatie reinspielt. Nicht nur die USA und China, auch geostrategische Player wie Brasilien und Indien bringen immer wieder ihre eigenen Interessen ein. Da werden erst einmal Maximalforderungen gestellt und einzelne Verhandlungslösungen sind über Jahre blockiert, etwa wenn Brasilien versucht, möglichst viel Geld für den Schutz der eigenen Wälder herauszuschlagen.

Klassische Interessenpolitik wird also auch künftig den Klimaschutz bremsen. Dabei wäre es doch an der Zeit zu sagen: Uns bleibt nichts anderes übrig, als angesichts der Dramatik der Klimakrise alles umzusetzen, was nötig ist!

Ich glaube, man muss andere Formate finden, um die Blockademöglichkeiten ein Stück weit aus den Verhandlungen herauszunehmen. Denn das ist es ja am Ende, wenn es dann heißt: Wir lassen jetzt die Verhandlungen scheitern – obwohl ein Scheitern eigentlich keine Option mehr darstellt. Ich könnte mir sinnvollere Alternativen zu den Klimakonferenzen vorstellen, zum Beispiel ein ständiges Weltklimaparlament. Vertreter aller Staaten müssten dauerhaft an einem Ort zusammenkommen und sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die könnten dann nicht einfach sagen: Wenn wir am 5. Dezember keine Lösung haben, machen wir eben im nächsten Juni weiter. Das ist der Schwere der Klimakrise absolut nicht angemessen. Bei den Verhandlungen geht es auch nicht mehr um die ganz großen Durchbrüche. Die Handlungsaufforderungen liegen auf dem Tisch – im Mittelpunkt steht jetzt, wie die einzelnen Staaten ihre Klimaziele konkret umsetzen.

Sind die Vereinten Nationen nicht ein möglicher Ort für diese Themen?

--Es spricht viel dafür, die Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu belassen. Aber deren Generalversammlung kommt auch nur einmal im Jahr zusammen. Und der Sicherheitsrat ist genauso wenig ein geeignetes Format, weil die Veto-Staaten, allen voran Russland und China, häufig Entscheidungen blockieren. Aber beim Klimaschutz sollte es kein Vetorecht mehr geben! Es bräuchte also innerhalb der Vereinten Nationen ein neues Format.

Welchen Beitrag kann die Bundesregierung leisten, damit die internationale Klimadiplomatie schlagkräftiger wird?

Sie könnte sich als verlässlicher Partner bei der Umsetzung von ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen erweisen – im eigenen Land wie in den Partnerländern. Dazu zählt auch, die Anpassungsfähigkeit der Länder, die besonders anfällig hinsichtlich des Klimawandels sind, zur Priorität zu machen und einen verbindlichen Finanzierungsrahmen zu etablieren. Da geht es nicht nur um die

Frage, wie viel Geld Deutschland beisteuert, sondern auch darum, sich dafür einzusetzen, dass andere Industriestaaten ihre Zusagen einhalten.

Mit Blick auf eine gerechte Gestaltung der globalen Energiewende: Was kann Deutschland tun, um stärker dazu beizutragen?

Es geht darum, neue partnerschaftliche Ansätze umzusetzen, das kann erst einmal auch nur mit ein oder zwei Ländern passieren. Das dient natürlich vorrangig energiepolitischen Interessen. Aber wir wollen ja unsere Versorgung sichern, alles andere wäre Augenwischerei. Zweitens sollte man Angebote machen für jene Länder, die vom Export fossiler Energien abhängig sind und nun ihre Wirtschaftssysteme diversifizieren müssen. Da es sich teilweise um undemokratische Regime handelt, stellt das eine schwierige außenpolitische Aufgabe dar. Und drittens sollten wir eine ehrliche Diskussion über die Bedingungen einer nachhaltigen Energiewende führen. Allein durch den Ausbau der Erneuerbaren wird nicht alles gut.

Dennis Tänzler, 48, ist Politik- und Kulturwissenschaftler. Seit 2001 ist er beim Thinktank «Adelphi» in Berlin tätig. Dort forscht er unter anderem zu internationaler Klimapolitik oder Narrativen der Klimadiplomatie und erstellt Analysen im Bereich Umwelt, Klimawandel und Sicherheit. Für Adelphi berät er Bundesministerien und internationale Organisationen. Tänzler engagiert sich zudem in der «Transatlantischen Klima-brücke», die seit 2008 die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Europa mit den USA und Kanada in Klima- und Energiefragen fördert.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.